

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zunächst möchte ich meine Bewunderung zum Ausdruck bringen, dass Sie es als FDP-Politiker geschafft haben, in Dresden Oberbürgermeister zu werden. Auch ich bin FDP-Mitglied und habe die FDP als Kreisrat von 2009 bis 2019 in Calw vertreten, darunter 8 Jahre als Fraktionsvorsitzender. Mitglied des Stadtrats von Haiterbach war ich von 1980 bis 2019 und in meiner letzten Amtsperiode als stellvertretender Bürgermeister.

Im Sommer werde ich 83 Jahre alt. 1966 habe ich mich als junger Tischlermeister selbständig gemacht. 40 Jahre später, also 2006 habe ich den Betrieb meinem Sohn Stephan verkauft. Seither bin ich beratend für ihn tätig und unterstütze ihn bei Geschäftsführungsaufgaben. In dieser Eigenschaft war ich vor kurzem bei einem Termin vor dem Landgericht Dresden. Es geht um einen Rechtsstreit zwischen der Stadt Dresden und der Firma meines Sohnes.

Was sich da abspielt ist zum einen unfassbar, zum anderen aber typisch bei der Durchführung von Baumaßnahmen (siehe Flughafen Berlin). Bei dem Rechtsstreit geht es um den Ausbau von mehreren Sporthallen in Dresden. Die Streitsumme liegt bei ca. 78.000 €. Aktuell verhandelt wurde das Projekt Josefinengymnasium. Dort hat mein Sohn 2010 den Hallenausbau in Auftrag bekommen, nachdem er bei der Submission mit ca. 85 000 € der annehmbarste Anbieter war. Die übrigen Bieter lagen zwischen ca. 90 000 und 118 000 €. Bei der Baudurchführung gab es ein Problem mit der Schalldämmung. Die vorgesehene Konstruktion hat nicht funktioniert. Vor Ort hatte der bauleitende Monteur und die Bauleitung Ersatzlösungen gesucht, gefunden und dann ausgeführt. Später hat sich die Stadt Dresden auf den Standpunkt gestellt, es sei nicht vertragsgerecht und eine größere Summe einbehalten. Auch bei den anderen Projekten hat man jeweils kleinere Beträge nicht ausbezahlt, sodass zum Schluss eben der Betrag von 78.000 € zusammenkam.

Es blieb also nichts anderes übrig, als die Stadt zu verklagen. Inzwischen haben 7 Termine vor dem Landgericht stattgefunden, bei dem jeweils unsere Anwältin aus Stuttgart und entweder mein Sohn oder ich aus dem Schwarzwald anreisen mussten. Die Stadt Dresden hat sich durch einen Anwalt vertreten lassen. Zu dem Termin vor Gericht ist kein Vertreter der Stadt gekommen, was schon an sich ungewöhnlich aber im Prinzip ein Unding ist. Beim sechsten Termin hat der Richter einen Vorschlag gemacht, die Sache vergleichsweise aus der Welt zu schaffen, mit einer Vergleichssumme von 60.000 €, inkl. Zinsen. Wir haben dem Vergleich zugestimmt, der Anwalt auch, unter dem Vorbehalt, dass die Stadt noch zustimmen müsste. Kurz vor Ablauf der Frist hat die Stadt dem Vergleich widersprochen, sodass jetzt der 7. Termin stattgefunden hat.

Der Richter hat signalisiert, dass er jetzt in der Lage ist, ein Urteil zu fällen, dass auch einer Überprüfung durch das Oberlandesgericht standhalten könnte. Ich würde meinem Sohn empfehlen das Urteil, egal wie es ausfällt, anzunehmen. So wie sich die Stadt Dresden bisher verhält, wird sie bestimmt in Berufung gehen, sodass das Verfahren noch einmal mehrere Jahre verlängert wird.

Dies alles schreibe ich Ihnen, um Ihnen aufzuzeigen, was solche Machenschaften für Folgen haben.

Wie schon gesagt, haben wir als günstigster Bieter den Auftrag bekommen, haben seinerzeit zu billig angeboten und schon bei einem regulären Verlauf einen Verlust von ca. 10% eingefahren, was in der Baubranche durchaus möglich ist und in der Regel durch andere Projekte kompensiert wird.

Wenn der Vergleich zustande gekommen wäre, hätte sich der Verlust für uns um 18.000 € erhöht, zuzüglich der enormen Aufwendungen, vor allem durch die vielen Termine in Dresden.

Klar ist auch, dass eine weniger fundierte Firma als unsere an so einer Geschichte kaputt gegangen wäre. Deutlich wird dies auch durch die ständige Abnahme der Zahl der mittelständischen Handwerksbetriebe. Dadurch kommt es auch zu einer massiven Kapazitätsverknappung mit der Folge, dass wir heute gegenüber 2010 die Verkaufspreise fast verdoppelt haben und trotzdem noch genug Aufträge bekommen. Das heißt aber nicht, dass wir heute Unsummen verdienen, sondern sie gleichen solche Geschichten wie Dresden und auch andere, ähnlich gelagerte Fälle aus. Zudem wird damit der inzwischen extrem hohe und zum großen Teil unnötig bürokratische Aufwand abgedeckt.

Ein Glück für die Stadt Dresden und für die Politik allgemein ist, dass die wenigsten Menschen mitbekommen, was auf unseren Amtsstuben passiert. Sonst würden noch viel mehr Menschen auf die Straße gehen und schreien, wir sind das Volk.

Falls sich einer Ihrer Mitarbeiter um das Thema insgesamt kümmern will, stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Braun